



OB Joachim Wolbergs hat im Jahr 2015 für seinen Ortsverein Stadtsüden rund 160 000 Euro an Spenden erhalten. Das Geld wurde gestückelt, bestätigt SPD-Landesschatzmeister Thomas Goger.

Foto: Schönberger

Auch nach der Wahl floss Geld

AFFÄRE Der Landesschatzmeister bestätigt: 2015 erhielt Wolbergs' Ortsverein Stadtsüden rund 160 000 Euro an Spenden – eine ungewöhnlich hohe Summe.

VON MARION KOLLER
UND ERNST WALLER, MZ

REGENSBURG. Neue Entwicklungen in der Spendenaffäre um den Regensburger Oberbürgermeister: Joachim Wolbergs hat auch nach dem Wahlkampf noch – als er sein Amt als OB schon angetreten hatte – ungewöhnlich hohe Parteispenden für seinen Ortsverein Stadtsüden erhalten. Das sagte am Mittwoch Thomas Goger, Schatzmeister der Bayern-SPD, auf Anfrage unseres Medienhauses. In einer E-Mail schreibt er: „Ich kann bestätigen, dass auch 2015 an den Ortsverein Regensburg-Stadtsüden Spenden in beachtlichem Umfang geleistet wurden. Ein Teil dieser Spenden, knapp 160 000 Euro, wurde zwischenzeitlich vom SPD-Parteivorstand rein vorsorglich an den Präsidenten des Deutschen Bundestages abgeführt.“ Damit will die Bundes-SPD offenbar Strafzahlungen entgehen, die sie leisten müsste, falls sich der Verdacht der Vorteilsannahme gegen Wolbergs bestätigt.

Die Spenden wurden gestückelt

Natürlich darf die SPD auch außerhalb von Wahlkämpfen Parteispenden entgegennehmen. Doch die Gesamtsumme von 160 000 Euro wurde, wie Goger bestätigt, in Einzelbeträgen unter 10 000 Euro überwiesen. Parteispenden in dieser Höhe müssen nicht veröffentlicht werden. Die Stückelung dürfte also der Verschleierung gedient haben. Geflossen sind auch im Jahr 2015 etliche Spenden unterschiedlicher Geber – laut Goger Einzelpersonen und Firmen. Das ist nach unseren Informationen dieselbe Vor-

gehensweise wie im Wahlkampf.

Bekanntlich ermittelt die Staatsanwaltschaft seit Juni 2016 wegen des Verdachts auf Vorteilsannahme gegen Oberbürgermeister Joachim Wolbergs und wegen des Verdachts auf Vorteilsgewährung gegen die Verantwortlichen des Bauteams Tretzel, des Immobilien Zentrums und von Immobilien Schmack. Die Staatsanwaltschaft wirft Wolbergs vor, als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Regensburg-Stadtsüden seit 2013 mehr als 500 000 Euro an Spendengeldern von den drei Firmen entgegengenommen zu haben. Es besteht der Anfangsverdacht, dass die Gelder nicht der straflosen politischen „Landschaftspflege“ dienten, sondern den OB veranlassen sollten, städtische Bauvorhaben im Sinne der Spender zu beeinflussen. Am Rande der Präsentation des städti-

schon Haushaltsentwurfs sagte Wolbergs am Mittwoch auf Nachfrage von Journalisten, er werde „natürlich nicht“ Stellung nehmen zur Spendenaffäre, auch dann nicht, wenn es „vermeintliche Neuigkeiten“ gebe. Der OB verwies auf das Ermittlungsverfahren. Es werde von ihm erwartet, dass er sich bis zu dessen Abschluss nicht äußere. „Nur von Ihnen nicht – aber von allen anderen. Und deshalb tue ich es nicht“, sagte Wolbergs.

Wie unser Medienhaus exklusiv berichtete, hatte sich im September die Bundes-SPD in die Spendenaffäre eingeschaltet. Sie forderte von Wolbergs' Geldgebern eine schriftliche Erklärung. Diese sollten bis 30. September erklären, dass das Geld „tatsächlich aus Ihrem Vermögen stammt und nicht eine unter Ihrem persönlichen Namen weitergeleitete Spende

aus dem Vermögen eines Dritten ist“. Andernfalls werde die SPD aus Vorsichtsgründen die entsprechenden Beträge an die Verwaltung des Deutschen Bundestags abführen, hieß es in dem Schreiben. Jetzt bestätigte die Bundestagsverwaltung, dass die Bundes-SPD „rein vorsorglich“ Spendengelder an den Bundestagspräsidenten überwiesen hat. Dabei handelt es sich um die erwähnten 160 000 Euro. Die Summe soll bis zum Abschluss des Verfahrens in Verwahrung genommen werden. Weitere Erklärungen werde die SPD dazu während der laufenden Ermittlungen nicht abgeben.

„Ungläubiges Staunen“

Mit ungläubigem Staunen reagieren Regensburger Kommunalpolitiker auf das hohe Spendenaufkommen an den Ortsverein auch noch im Jahr 2015. „Eigentlich ist nach einer Wahl Schluss mit Spenden, da kommt normalerweise nichts mehr rein“, sagt ein Stadtrat zur MZ. Dass der OB nach der Wahl 160 000 Euro erhalten habe, sei „der Hammer“.

Dr. Markus Pfaller, stellvertretender Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, kündigt an, die Ermittlungen würden sich bis ins Jahr 2017 hinziehen.

Die neue Entwicklung in der Spendenaffäre könnte den Fokus wieder auf ein bereits heiß diskutiertes Thema richten: die umstrittene Vergabe eines Teils des Nibelungen-Areals an das Bauteam Tretzel (BTT), einen der großen OB-Spender. Wie berichtet, hatte der Stadtrat einen Beschluss aus der Schaidinger-Ära zur Ausschreibung mit den Stimmen der CSU inkassiert, die Vergabe wurde neu ausgeschrieben. Doch die CSU tobte, weil sie seinerzeit – von den Spendenvorfürern war da noch gar nichts bekannt – die neue Ausschreibung als exakt auf BTT zugeschrieben einstufte. Tretzel bekam den Zuschlag, obwohl die Stadtverwaltung andere Angebote als besser einstufte.

KOMMENTAR

SPD geht auf Distanz

Die Zeichen sind nicht mehr zu übersehen: Bundes- und Landes-SPD rücken von Joachim Wolbergs ab. Das begann spätestens mit der Entscheidung des Parteivorstands in Berlin, alle OB-Geldgeber um Mithilfe bei der Aufklärung der Spendenaffäre zu bitten. Die Spender sollten mitteilen, ob das Geld aus ihrem Vermögen stammt oder ob sie für andere spendeten, also als Strohmänner auftraten.

Das alles geschah unter Umgehung des Oberbürgermeisters, des SPD-Stadtverbandes und des SPD-Ortsvereins Regensburg Stadtsüden, über den der OB seinen Wahlkampf abgewickelt hat. Dieses Vorgehen kommt einem Misstrauens-



VON ERNST WALLER, MZ

votum gleich. Die Bundes-SPD traut den Regensburger Sozialdemokraten und dem OB schlichtweg nicht mehr zu, bei der Aufklärung der Affäre konstruktiv mitzuarbeiten. Jetzt wurde der

Rechenschaftsbericht der SPD für 2015 der Öffentlichkeit zugespielt, der üblicherweise erst im ersten Quartal 2017 publik gemacht wird. Und der Landesschatzmeister der SPD, Thomas Goger, der die ganze Affäre ins Rollen gebracht hatte, merkt offenherzig an, dass das Spendenaufkommen des Ortsvereins Stadtsüden sicherlich auch im Jahr 2015 über dem Niveau liegt, das für einen Ortsverein der Bayern-SPD als gewöhnlich zu bezeichnen ist. Rückhalt sieht anders aus.